

Wir brauchen eine (neue) Verfassung -
denkbare Vorgehensweise

ein Brief an Mehr Demokratie e.V.

März 2026

von

Tristan Abromeit

Text 183.1

Tristan Abromeit

abromeit@t-onlin.de www.tristan-abromeit.de

29. März 2026

Post für Mehr Demokratie e.V.
Bundesverband
Tempelhof 3
74594 Kreßberg

Info@mehr-demokratie.de

und an die Landesbüros und Arbeitsbereiche ¹

Motto: Möge *Mehr Demokratie e.V.* eine Aufklärerin
bleiben und keine politische Partei werden

Wir brauchen eine (neue) Verfassung - denkbare Vorgehensweise

Geehrte Mitwirker:innen von Mehr Demokratie e.V.,
bei der Ankündigung der neuen Ausgabe vom Magazin Mehr Demokratie durch Ramona Pump ist mir eingefallen, dass ich Ihnen meine neue Arbeit im PDF-Format zum Thema Demokratie und Gesellschaftsordnung gar nicht zugesandt habe. Ich denke, dass unsere Parteien uns aus unsere Krise der Demokratie nicht herausführen können, auch wenn sie es wollen. Wie sie wissen, leben wir in einer Zeit, in der wo das kriegerische und ökonomische Element – national und international – die einst hoffnungsvolle Botschaft von der Demokratie in Frieden und Freiheit immer mehr ihre Strahlkraft und die traditionelle Politik immer mehr ihre Orientierung und Gestaltungskraft verliert. Es ist also nötig, dass sich bei uns und auch in den anderen Ländern – in denen die Demokratie noch eine gültige politische Münze ist, eine genügend große Zahl der Zuschauer-Demokraten bequemen müssen, sich selber um eine Besserung und Erneuerung ihrer Demokratie zu kümmern, wenn sie ihnen und uns erhalten bleiben soll. Die Wirkung von Demonstrationen ohne genaue Ziele halte für eine politische Selbstbefriedigung. Die Parteien fallen als Helfer aus, da sie selber Verursacher der Misere sind. Damit will ich keine Parteimitglieder der bestehenden Parteien herabsetzen. Außerhalb der Parteien sind sie vermutlich brauchbare Mitwirker an der Erneuerung der Demokratie. Auch würde man Parteimitgliedern, die in jüngster Vergangenheit in einer Partei eingetreten sind, um von dort aus die Demokratie verjüngen wollen, zu Unrecht kritisieren, weil sie noch

¹ Die Kontaktadressen habe ich der letzten Seite vom Demokratie Magazin entnommen.

keinen Anteil am Versagen der Parteien haben. Ich selber war Mitglied in der FDP und danach über die Grüne Liste Umweltschutz Mitbegründer der GRÜNEN.²

Dass der Wille, die Demokratie weiterhin zu entwickeln und damit zu versuchen, sie zu retten, vorhanden ist, sieht man ja an der Existenz und die Entwicklung des Vereines *Mehr Demokratie* und den Einsatz ihrer Mitglieder. Dieser Einsatz in der bisherigen Form reicht meiner Einschätzung nach aber noch nicht aus.

Nun kann man ja fragen, warum ich kein Mitglied von Mehr Demokratie bin? Erstens habe ich das Wirken von MD schon seit der Gründung der ersten Vorgängerorganisation mit Sympathie begleitet und wo es passte, war ihr Fürsprecher. Es ist ganz einfach: Ich habe meinen politischen Bürgerdienst in den Bereichen freiheitliche und ökologische Wirtschaft, freies Bildungswesen und freiheitliche Gestaltung der sozialen Absicherung als mein Arbeitsfeld gewählt. Diese Bereiche sind schon immer personell und finanziell zu gering ausgestattet. Und man kann leicht an so vielen gesellschaftlichen Schwachstellen mitwirken wollen, dass man dabei überall nur zu einer Karteileiche wird und jede positive Wirkung verliert.³ Damit nicht der Eindruck hier entsteht, das ich die Gesamtsituation unserer Gesellschaft missdeute und versuche, hier *Eulen nach Athen zu tragen*, kopiere einen Text von MD ein, den ich soeben auf meinen PC entdeckte:

Krise der Demokratie?

Befindet sich die Demokratie als beste aller bisherigen Regierungsformen in einer Krise? Fest steht: Die Demokratie muss sich zur Zeit in verschiedenen Krisen bewähren. Fast ein Drittel der Bundesbürger glaubt, in einer „Scheindemokratie“ zu leben, wie eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach ergab. Dabei ist der Anteil in den neuen Bundesländern mit 45 Prozent besonders hoch. Weltweit nimmt der Anteil autokratischer Regime zu. In Europa führt Russland einen Angriffskrieg nicht nur auf die Ukraine, sondern auf die demokratischen Werte insgesamt. Doch wie steht es eigentlich um die Demokratie in der Ukraine selbst? Und wie verändert der Krieg die europäische Gemeinschaft? Der Druck der Klimakrise und der gleichzeitigen Energie- und Gerechtigkeitskrise erfordert immer stärkere staatliche Maßnahmen. Führen sie zu einer Abschaffung demokratischer Beteiligung, oder kann mehr Beteiligung die Energiewende sogar beschleunigen? Der zunehmende Krisendruck führt auch zu einer Aktivierung von kollektiven Traumata, die eine gesellschaftliche Polarisierung hervorruft und gemeinsame Lösungen behindert. In diesem Themenheft untersuchen wir, wie die Demokratie aus all diesen Herausforderungen gestärkt und verändert hervorgehen kann. (Quelle: vermutlich eine Ausgabe vom MD Magazin.)

2 Das verstorbene Kuratoriums-Mitglied **Prof. Dr. Roland Geitmann** habe ich 1985 auf den 21. Ev. Deutschen Kirchentag kennengelernt. (Ein Buchtitel von ihm lautet: Sozialökonomische Weisheitsschätze der Religionen, 2016.) In der Tagung » Bürger Wille und Parteienherrschaft « der Ev. Akademie Loccum habe ich auch **Gerald Häfner**, damals MdB und Mitglied der Grünen gehört. Im Protokoll 8 / '87 ist zu lesen, dass die erste Tagung zu dem Thema 1982 / 83 im Internationalen Kulturzentrum Achberg stattfand. Von der Planungszelle / das Bürgergutachten, entwickelt von [Peter C. Dienel](https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_C._Dienel) ([Bergische Universität Wuppertal](https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_C._Dienel)) hatte ich schon vorher Kenntnis. <https://de.wikipedia.org/wiki/Planungszelle>

3 Ich spreche hier nicht von den finanziellen Förderern, die sich nicht persönlich einbringen können und auf die viele Vereine für ihre Aktivität angewiesen sind.

Man kann wohl zutreffend sagen, dass die meisten Probleme, die die Menschen in Bezug auf ihre Gesellschaften und mit der Natur haben, hausgemacht sind. Die Lösung der bestehenden Probleme ist deshalb so schwer, weil in den Lösungsvorstellungen häufig viele sachliche und auch ideologisch geprägte Irrtümer stecken. Und die daraus oft entstehende gegenseitigen Vorwürfe lauten dann, der Gesprächspartner denke ideologisch. Wir müssen bei der Suche nach der Ursache eines Problems darauf achten, dass der Vorwurf, ideologisch zu denken, nicht die Ursache dafür wird, dass wir nicht zum Kern einer Problemursache vordringen.

Bei den ökonomischen Problemen werfen sich die Teilnehmer, die sich um eine Problemlösung bemühen, zu oft und zu schnell gegenseitig vor, dieses oder jenes sei neoliberal⁴, marxistisch oder keynesianisch oder freiwirtschaftlich⁵ gedacht. Damit wird jede Suche nach einer Problemlösung abgeblockt. Da aber die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaftsordnung wegen der Verzahnung, der Interdependenz mit der Wirtschaft nicht ohne die Wirtschaftsordnung gelingen kann und die Demokratie nicht beliebig mit jeder Wirtschaftsordnung kombinierbar ist, müssen die Sucher nach einer stabileren und besseren Demokratie auch gründlich mit diesem Themenkomplex sachlich auseinandersetzen und keine Denkblockaden bauen. Das ist nicht immer leicht. Es geht bei dieser Form der Verfassungsfindung nicht wie bei dem Bürgergutachten um eine Neutralität durch Zufallsauswahl der Teilnehmer, sondern um eine möglichst hohe Beteiligung an der Verfassungsfindung und an der Verinnerlichung seines Inhaltes, damit eine Verankerung in tieferen Persönlichkeitsschichten der Bürger möglich wird. Damit ist aber keine Zementierung einer Ideologie durch Propaganda gemeint. Das Recht zur Kritik und die Selbstkritik müssen gefördert werden und erhalten bleiben, auch wenn man denkt, in die bestmögliche Gesellschaftsordnung zu leben.

Durchführungsvorschlag:

1. Dafür wäre es sinnvoll, dass sich eine Vielzahl unabhängiger Kleingruppen bilden würden, die über selbstgewählte einzelne Aspekte des Gesamt-Themas Demokratie, Gliederung der Gesellschaft und der Ökonomie arbeiten. Diese Kleingruppen müssen trotz ihrer Unabhängigkeit mit anderen Gruppen kommunizieren können und sich auch von Vereinigungen wie *Mehr Demokratie* beraten lassen können. Fertige Ergebnisse – soweit sie von der betreffenden Gruppe als abgeschlossen bezeichnet wurden – sollten dann sortiert und gekennzeichnet auf eine gemeinsame Internetplatt-

4 Dabei wird meistens übersehen, dass der Neoliberalismus der [Chicagoer Schule](#), [Österreichische Schule](#)) und der deutsche, Neoliberalismus, der auch Ordoliberalismus genannt wird. Es bestehen wesentliche Unterschiede. <https://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus>

5 Die Freiwirtschaft wird dann meistens aus Unkenntnis mit einem desinformierenden Unterton bedacht.

form⁶, die für alle Teilnehmer zugänglich ist, zur weiteren Verwendung zugänglich sein.

2. Für die Anlaufzeit der digitalen Organisation der unabhängigen Mitwirker sollte ein Vierteljahr angesetzt werden und für die erste Phase der Verfassungsfindung ein Jahr. Die Bürger, deren Aufgaben unter der Ziffer 1 beschrieben sind, sind an keiner Vorgabe gebunden.
3. Danach folgt eine Phase (½ Jahr ?) in der von den Teilnehmern der Kleingruppen gewählte **privatrechtliche** Verfassungs-Findungsgruppe im Umfang von (?) Personen drei Modell-Verfassungen ausarbeitet. Über diese Modelle stimmen die Mitglieder Kleingruppen und die der **privatrechtlichen** Findungsgruppe ab und veröffentlichen für alle Bürgerinnen und Bürger die Modelle mit dem erreichten Abstimmungsergebnis.
4. Danach wird eine **öffentlichrechtliche** Versammlung zur Verfassungsfindung von allen Bürgern z. B. ab 16 Jahren gewählt⁷, die dann eine oder zwei Entwürfe unter verpflichtender Prüfung der Vorarbeiten der "Laiengruppen" erarbeitet.
5. Die Ergebnisse der **öffentlichrechtlichen** Verfassungsfindungsgruppe zur Abstimmung von allen Bürgern zu Annahme oder Ablehnung in einer Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt. Wenn nur ein Entwurf vorgelegt wurde, ist die Verfassung mit einer Zustimmung von über X % angenommen. Wenn zwei Verfassungsmodelle zur Abstimmung stehen, wird in einem zweiten Wahlgang über die Vorlage abgestimmt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hat. Wenn nur einzelne Artikel zur Entscheidung vorliegen, ist darauf zu achten, dass der gewählte Artikel nicht im Widerspruch zu den anderen Artikel kommt.

Hintergrundgedanken

Mich hat schon immer gestört, dass die Gesamtheit der alten BRD-Gesellschaft nicht an der Formulierung und Verabschiedung des Grundgesetzes beteiligt war. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates kannten den Mangel und nannten das von ihnen formulierte Gesetz auch nicht Verfassung, sondern Grundgesetz. https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentarischer_Rat#Vorgeschichte

Ich habe neulich noch eine Aussage zitiert, die Konrad Adenauer zugeschrieben wird:

„Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten.“

(Art 146 GG) Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier

6 Die Gliederung sollte entsprechend der möglichen zukünftigen Verfassung erfolgen und weitere Abteilungen für Diskussionen der Themen: Bildung, soziale Sicherung, Ökonomie, Ökologie, Zwangsmitgliedschaften, Zwangsverfügungen des Staates (Impfungen, Rekrutierungen und ähnliches), Verhältnis zu Europa, militärische, nichtmilitärische Verteidigung und Bündnisse, Migration usw. erhalten.

7 Es wäre sinnvoll, das Eltern für die unter 16 Jahre alten Kinder ein zusätzliches Wahlrecht erhalten würden.

Entscheidung beschlossen worden ist.

Er diene ursprünglich als Übergangsbestimmung für die Wiedervereinigung, um ein Provisorium zu beenden. Der Artikel 23 lautete:

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Der Artikel 23 GG war gedacht für Eintritt von deutschen Ländern oder anderen Teilen zum Beitritt in die BRD, die nicht aufgezählt wurden: z.B. das Saarland. So wie die Vereinigung gehandhabt wurde, muss man annehmen, dass die Führung unserer politischen Klasse davon ausgegangen ist, dass noch weitere Gebiete, die den Deutschen als Verlierer des Zweiten Weltkrieges genommen wurden, heim ins Reich kommen würden. Positiv gewertet, kann vermutet werden, dass die Politiker die an der Vereinigung der beiden Republiken, angst hatten, dass das Fenster zum Verhandeln nur kurz offenstehen würde, sodass für die erforderliche Verfassung keine Zeit wäre. Realistisch geurteilt ist es wohl zutreffender, dass die Altparteien des Westens wohl angst hatten, politische Macht einbüßen zu müssen. Jedenfalls wurde auf diese Weise das demokratische Prinzip, *alle Gewalt geht vom Volke aus* verraten.

Es ist so, als wenn die Deutschen aus der DDR und BRD froh gewesen wären, politisch entmündigt zu sein und nur alle vier Jahre verpflichtet wären, die Vormundschaft der Parteien durch die Wahlteilnahme bestätigen zu müssen. Jedenfalls ist es so, wenn der Verfassungsschutz, der eine ähnliche Funktion hat wie der ehemalige Staatssicherheitsdienst in der DDR, Feinde der Demokratie sucht, diese Suche bei ihren Dienstherrn beginnen müsste. Dabei ist noch offen, ob denn eine Institution, die ein Merkmal von autoritären Staaten ist, denn überhaupt ein Schutz für eine Demokratie sein kann. Eine Demokratie ist dann geschützt, wenn sie von ihren Bürgerinnen und Bürger gelebt wird. Das bedeutet eine Minimierung der staatlichen Bürokratisierung und genügend Raum für die individuelle Gestaltungsfreiheit. Gleichheit nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch Chancengleichheit im Wettbewerb um die schönen und nützlichen Dinge. Wenn staatliche Institutionen, politische Parteien, politische Raudis oder das „große Geld“ uns daran hindern wollen über die Verfassung nachzudenken, dann wissen wir, dass wir wir schon auf dem Verlustweg der Demokratie sind.

Auf einen Teil meiner eigenen Bemühungen im Dienste der Freiheit für alle um unsere Demokratie, die bestenfalls eine Demokratie im werden genannt werden kann, benenne ich in

einem späteren Abschnitt. Der hier entwickelte Gedanken zur Entwicklung einer Verfassung hat Ähnlichkeit mit dem Verfahren von **Audrey Tang** zur Lösung laufende Probleme in einer Demokratie. Siehe dazu den Artikel „**Demokratie gemeinsam programmieren**“ im *Demokratie Magazin* 1.2026. Meine eigenen Überlegungen gehen auf ein Gespräch im Wohnzimmer der Schriftstellerin Gudrun Pausewang ⁸ in Schlitz im Jahr 2004 zurück. Ich hatte mich wohl zu meiner Unzufriedenheit mit unserer Demokratie geäußert. Da kam die Frage von ihr, wie ich mir denn eine bessere vorstelle. Da saß ich in der selbst gestellten Falle und musste mein Kopf anstrengen, um mich daraus zu befreien.

Das erste Heft dieses Jahres vom **Demokratie Magazin**, das vor wenigen Tagen hier eintraf, fand ich auf der Linie meiner hier entwickelten Gedanken. „*Zwei Welten. Eine Entscheidung*“ von **Anselm Renn** gefällt mir: „Deshalb braucht es heute einen demokratischen Umbau, nicht nur strukturell, sondern auch kulturell. ...“ Es sind vor allem die mit Bildern von Carl Schmidt und Hannah Arendt geschmückten Zitate, die mich berühren:

„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“

Carl Schmidt

und

„Der Sinn von Politik ist Freiheit.“

Hannah Arendt

Die Entscheidung für die eine oder andere Richtung ist aber nicht naturgegeben, wenn heute eine Untersuchung versteckt⁹ herausfinden wolle, wie viele Bürger den einen oder anderen Weg bevorzugen, dann käme heraus, dass eine große Mehrheit den Weg von C. Schmidt wählen würde.

Das wäre aber keine Entscheidung, die durch die Geburt gegeben ist, sondern hängt damit zusammen, dass wir mehrheitlich bisher nur die Konsumfreiheit und Narrenfreiheit erworben haben. Es wird viel von Freiheit gesprochen, sie wird aber nicht erlebt. Ich nenne nur zwei Beispiele: In der Schule soll auch mehr über die Demokratie gelehrt werden, aber darüber, ob die Kinder (und auch die Eltern) Schule besuchen wollen oder nicht, dürfen sie nicht entscheiden. Schulverweigerung wird mit Bußgeld bestraft. Auch unser Staat, der die Grundrechte bejaht, glaubt darüber entscheiden zu dürfen, ob junge Menschen zum Wehrdienst oder eine andere Tätigkeit zwangsweise verpflichtet werden dürfen.

Ein anderes Beispiel möchte ich doch noch erwähnen, weil es gerade zu den unmündigen

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Gudrun_Pausewang

⁹ Ich fürchte eine offene Befragung würde die tatsächliche Haltung der Bürger verfälschen.

Bürger, den >glücklichen Sklaven< sichtbar macht. Es sind die Zwangskollektive der sozialen Absicherung. Ich verneine nicht die Absicherung der Menschen für alle Fälle, sondern die mit Zwang oder besser, ohne Zustimmung der Betroffenen beigetreten werden muss. Die Zustimmung ist sicher bei den politisch links stehenden Bürger am stärksten. Wenn ich mich richtig an Gehörtes erinnere, haben die Arbeitnehmer sich anfangs unter der Herrschaft von Bismark sogar dagegen gewehrt. Aber die Arbeiterführer kamen auf die Idee zu sagen, dass dieses System dem Kapitalismus einen Teil seiner Zähne ausziehen würde. Das ist ein Irrtum, die Beiträge der Arbeitgeber zu den Sozialversicherungen sind nur Löhne in anderer Form und ändern nichts an der Ausbeutung der Arbeit (zu der auch die Unternehmer gehören¹⁰). Und der verzinsliche Spargroschen macht auch die Arbeitnehmer zu Kapitalisten.

In Bezug auf die Demokratie halte diese Art der sozialen Absicherung (die aus dem Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer bezahlt werden muss) für nachteilig, weil sie die Bürger von eigenen Entscheidungen und eigener Fürsorge entwöhnt und zu einer Art glücklicher Sklaven macht. Aber mit Sklaven kann man keine wirkliche Demokratie entwickeln. Ich habe dieses Beispiel gebracht, weil man bei der Formulierung einer Verfassung aufgrund der verschiedenen und verworrenen Vorstellungen enorme Schwierigkeiten haben kann. Wenn eine Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW) angestrebt wird, egal ob marxistisch oder mit einer anderen Idee ausgestattet, erfordert es für die Einführung eine notwendige Opferbereitschaft. Der Gestaltungsraum für die Freiheit ist dann sehr eingeschränkt. Sicher ist dann nur, dass man den Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus gewandelt hat. Der Vorgang der Überführung vom Arbeitseinkommen in das Kapitaleinkommen ist dann nur ein anderer. Die dezentral funktionierende Marktwirtschaft ist die einzige Form des Wirtschaftens, die zu der Demokratie passt.

Ein Erfordernis der Demokratiegestaltung ist daher, dass die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit wird. Und dazu gehört die Aufklärung darüber, dass die Verwendung der beiden Begriffe als Synonyme nur Verwirrung geschaffen hat. Man sieht an diesem Beispiel, dass die Befassung mit Verfassung weit über die Bildung eines juristischen Konstrukts hinaus geht.

Ein Blick zurück auf die offen geschlagen Seiten des Demokratie-Magazins sagt mir, die Stimme für für die Aussage „Der Sinn von Politik ist die Freiheit“ von Hannah Arendt ist der einzige Weg zur Erreichung der Demokratie.

„Der Arbeitsraum ist kein Ersatz für demokratische Aktivierung, sondern ein Trai-

¹⁰ Das soll man auch bei Marx „Das Kapital“ Band 3 lesen können.

ningsfeld für die kulturelle Substanz, von der Demokratie.“ Das ist eine gute Zwischenüberschrift von Maria Lang in der Ankündigung der Konferenz *Arbeit + Demokratie*. Aber der Arbeitsraum hat viele Aspekte, vom frostigen Klima im doppelten Sinn, über Wohlbefinden, gegenseitiger Hilfe und Förderung bis hin zur Unmöglichkeit aufgrund von Erniedrigung, Überforderung, Staub, Lärm etc., aber nur selten Platz für demokratische Entscheidungsfindungen nach dem Mehrheitsprinzip. Aber gerade deshalb würde mich interessieren, was in der Konferenz Arbeit und Demokratie verhandelt wird. Aus gesundheitlichen Gründen ist mir das aber nicht möglich, so ein Angebot wahrzunehmen.¹¹

Ich komme zu einem Punkt in dem Beitrag „**Wem gehört das Wahlrecht?**“ von Ralf-Uwe Beck, Christian König und Martin Truckenbrodt. Die Sperrklausel von 5% im Bundeswahlgesetz verstößt eindeutig gegen das Grundgesetz und eine Herabsetzung auf 3 % hebt die Missachtung des Grundgesetzes durch die politische Klasse nicht auf.

Die 5%-Sperrklausel in § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BWahlG verstößt aber derzeit gegen Art. 21 Abs. 1 und Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG.

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/bvq24-064.html>

In jedem Fall nimmt diese Sperrklausel einer Minderheit der Bürger das Recht auf chancengleicher Teilnahme an der Auswahl der Parlaments-Mitglieder. Und ich Vermute; dass dieser Diebstahl des Wahlrechtes zu einem Stau des Unmuts wurde, der Wähler dazu entscheidet ganz auf die Wahlbeteiligung zu verzichten. Oder dieser Stau wird so groß, dass sie eine extreme Partei so stark macht, dass sie die Sperrklausel überspringen und eine Fraktion der Störung bilden kann. Ohne Sperrklausel könnten einzelne Abgeordnete mit politisch extremen Ansichten oder Lösungsproblemen, die noch nicht allgemein bekannt sind, durchaus eine nützliche Bereicherung sein und verhindern, dass Gesetzesvorhaben nicht allzu glatt das Parlament passieren könnten. Die Begründung der Sperrklausel ist ziemlich verlogen, weil die kleinen Parteien in der Weimarer Politik sich erst gegründet haben als die größeren Parteien nichts lieferten, um die ökonomische Misere aufzulösen. Ich sehe den Grund für die Sperrklausel darin, das die großen Parteien sich nicht mit den Inhalten der kleinen auseinandersetzen müssen und bequemer ihre Inhalte mit Blick auf die Gesamtwählerschaft als „richtig“ durchsetzen konnten und können.

In diesem Zusammenhang müsste ich jetzt auf die Funktion der Fraktion als Störfaktor ein-

¹¹ Arbeiten die nach Feierabend am Arbeitsplatz von mirentstanden sind. Zugang unter:
www.tristan-abromeit.de
<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf> ab Seite 9
<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.1%20Bankkaufleute%20Haupttext.pdf>
<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/76.4%20Personalversammlung%20NordLB%2073.pdf>

gehen. Aber mein Text ist jetzt schon zu lang. Nur so viel: Die Fraktionen in den Parlamenten sind Kartelle, die für das Gemeinwohl genauso schädlich sind wie die Kartelle in der Wirtschaft. Der Zugang und die Arbeit in den Parlamenten muss anders geregelt werden, wenn unsere Gesellschaft als Ganzes zufriedener mit den Ergebnissen der Parlamentarier werden soll.

Das Grundgesetz enthält kein Gebot zur Schaffung spezifischer Oppositionsfraktionsrechte

Dokumenttyp: Pressemitteilung , Nr. 22/2016 , Datum: vom 3. Mai 2016

- [Urteil vom 3. Mai 2016 - 2 BvE 4/14](#)

Das Grundgesetz begründet weder explizit spezifische Oppositions(fraktions)rechte, noch lässt sich ein Gebot der Schaffung solcher Rechte aus dem Grundgesetz ableiten.

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvg16-022.html>

Ich komme zur Seite 37 mit möglichst kurzen Anmerkungen:

„*Parteispenden auf Rekordhoch: Geld ist Macht*“, darum müssen wir die Marktwirtschaft, die ohne Kapitaleinkommen eine Streuung der Einkommen nach der Gaußschen Normalverteilung bringt, anstreben. Die Parteienfinanzierung erzeugt auch Machtcluster und die den politischen Wettbewerb stören. Allenfalls sollten Gruppen¹², die vorwiegend politische Inhalte verhandeln, von den Steuerzahlern mit einem begrenzten fälligen Steuerbetrag bedacht werden können, der von der Steuerschuld abgezogen werden kann.

„Bürokratie Abbau versus Transparenz“

Ich denke diesen Widerspruch löst man erst auf, wenn man den Staat – verstanden als Gemeinschaftsaktion der Gesellschaft – nicht länger den Weg in die all-zuständige Zentralisation geht, sondern den Weg der Dezentralisation, wo vielleicht nicht weniger Daten anfallen, sich aber auf viele autonome Teile der Gesellschaft verteilen und dann nur für kleine Mengen von Betroffenen sorgen, die dann selber entscheiden, ab wann die nicht ganz vermeidbare Bürokratie als störend und ineffektiv empfindet.

„Die AfD scheitert mal wieder“

Vorweg für das Verständnis meiner nachfolgenden Aussage: Ein Ehepaar hat ein für ein

12 Also, nicht nur politische Parteien.

Bürgerbegehren geworben und ist aus Gründen den mangelnden Unterschriften aus der Bürgerschaft gescheitert.

Ein Supermarkt zog seine Unterstützung zurück, als er auf den politischen Background des Initiators und Initiatorin angesprochen wurde. „Wären wir nicht in der AfD, hätten viel mehr unterschrieben“ ließ sich Florian L. In der Lokalpresse zitieren. L. Hatte auch eine Mitgliedschaft bei Mehr Demokratie beantragt, die ihm allerdings beschlusslagenkonform verweigert wurde.

Der Vorgang gibt zu denken auf: 1. Wenn das Bürgerbegehren in der Sache gut begründet war, dann sollte es auch durchgezogen werden, wenn die Initiatoren einer Partei angehören, die man nicht mag. In meiner Jugendzeit in meiner Heimatgemeinde hätte für die Nichtverfolgung eines Bürgerbegehrens – wenn es so etwas gegeben hätte – genügt, wenn der Initiator nicht die richtige Konfession gehabt hätte.

In der Zeit des Kalten Krieges hätte es in der Alt-BRD für das Scheitern so eines Anliegen schon genügt, wenn bekannt geworden wäre, dass der Antragsteller Kontakt zu Leuten jenseits des Eisernen Vorhanges gehabt hätte. Ich denke, dass ich schon durch meine vorherigen Zeilen deutlich gemacht habe, dass ich nichts mit der AfD am Hut habe.

Ich halte aber den ganzen Umgang mit der AfD, ihren Mitgliedern und Wählern für falsch. Wenn der Antragsteller auf Mitgliedschaft in MD Erfolg gehabt hätte, hätte er die Chance gehabt, ein anderes politisches Denken zu erfahren und dadurch zu lernen und zu erkennen, dass das Ergebnis von politischen Prozessen nicht notwendiger Weise ein Ausdruck eines bösen Willens sein muss. Es wäre ein kleiner Gewinn für die ganze Gesellschaft gewesen. (Eine Ablehnung der Mitgliedschaft wäre gewesen, wenn der Antragsteller eine Arbeitsweise an den Tag gelegt hätte, wie man sie möglicher Weise bei anderen AfD-Mitgliedern oder oft genug bei der Antifa beobachten kann.)

Die Demokratie ist keine Werbeaktion für eine Einheitsmeinung. Da die Gewalt vom Volke ausgehen soll, also von allen, erlaubt die Logik dieses Regierungssystems auch die Werbung für eine Diktatur, wenn man nicht mit den Ergebnissen des demokratischen Versuches zufrieden ist.

Dass man aus den bekannten Gründen nicht versuchen sollte, eine Diktatur zu fördern und zu wählen, ist etwas anderes. Aber zur Erreichung der Zufriedenstellung hoher Mehrheiten der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, bedarf es offensichtlich jede Ausformung der De-

mokratie mehr oder weniger Druck, damit sie ein gutes Ergebnis bringt. Der Erfolg der AfD zeigt erst einmal an, dass die Demokratie funktioniert, in dem sie kenntlich macht, dass sie mit den bisherigen und oder jetzigen Leistungen der Alt-Parteien nicht zufrieden ist. Da genügt es nicht, wenn die Regierungen und Parlamente im Land dem Volk einen Feind in Gestalt der AfD vorstellen, den sie ausbuhen können, schon deshalb nicht, weil dieses Verfahren nach gemachten Erfahrungen in der Vergangenheit in Saal- und Straßenschlachten enden kann. Sondern solche Bemühungen, wie sie von Mehr Demokratie e.V. betrieben werden, müssen inhaltlich ausgeweitet und von der Zahl der Aktivisten und Institutionen vervielfacht werden. Wir dürfen vor allem nicht vergessen, dass der politische Gegner nicht ein Feind ist, sondern wie fast alle politischen Akteure es glauben, das auch seine Sicht der Dinge wahr und seine Strategie richtig ist. Auf diesem gedanklichen Hintergrund ist der Umgang mit den AfD-Mitgliedern den Abgeordneten und Wählern einfach falsch und ist wahrscheinlich der Grund für ihren Zulauf.

Wie bei allen Gesellschaftskrisen und allen Kriegen spielt die jeweils praktizierte Ökonomie eine große Rolle. Auch die Art der Handhabung des Flüchtlingsproblems vermehren die Probleme. Aber dass die Art der betriebenen Vergangenheitsbewältigung uns sehr große Probleme machen würde, war mir (und sicher auch anderen Bürgern) schon vor über einem halben Jahrhundert erkennbar. Schon deshalb, weil die offizielle Rückschau wenig ehrlich ist und die Nichtberücksichtigung, dass die Erkenntnis, dass jede neue Generation ohne die Schuld der Vorgängergeneration die Weltbühne betreten darf.

Siehe dazu auch: „Generationen – ein staatsphilosophisches Postulat von Thomas Jefferson ANDREAS KLEY“

https://www.ius.uzh.ch/dam/jcr:00000000-3d12-7c07-0000-000052678c65/jefferson_pages_505_523.pdf

In dem Artikel „**Bürgerräte 2025 Vom Projekt zur demokratischen Struktur**“ von **Florian Wieczorek**

Hier habe ich einen guten Schlusssatz für meine Anmerkungen in das MD Magazin 1/2026 gefunden:

Wir werden nicht darauf warten, dass demokratische Erneuerung von oben gegeben wird. Vielmehr werden wir sie weiterhin selbst vorschlagen, vorleben und in direktdemokratischen Initiativen vorantreiben.


Nachtrag

Ich merke erst an dieser Stelle, dass ich meine Anmerkungen zum MD-Magazin in einer Lücke in meinen laufenden Text geschrieben habe. Ich fahre mit dem vorher geschriebenen Text fort und hoffe, dass ich dadurch keine Text-Doppelungen produziere.

Meine Anmerkungen über die Aufgaben der Bürgerinnen und Bürger, die ich anfangs oben beschrieben habe, sind nicht als Vorgabe gedacht, und natürlich auch nicht an meiner Vorstellung von Demokratie gebunden. Es wäre auch Widersinnig zu einer Suche von eines Verfassungsentwurfes und einem Modell einer Ökonomie aufzufordern und gleichzeitig das Ergebnis dieser Suche vorzustellen.

Das, was ich z. B. unter der Textreihe 177 (die ich aus Krankheitsgründen abbrechen musste) und in der Textreihe 182 geschrieben und zusammen gestellt und unter www.tristan-abromeit.de veröffentlicht habe, sollen nur meinen gedanklichen Hintergrund offenlegen und eine Auswahl der Punkte darstellen, die bei der Arbeit für eine Verfassung bedacht werden müssen. Dazu gehört auch ein passendes Modell der Ökonomie. Meinen Texten unter der Ziffer 182 merkt man in der Form wahrscheinlich die Mühen des Alters und der Nachwirkungen der Erkrankung an. Ich hätte mir die Mühen mit der Ausrede, es ist nutzlos, gegen den Zeitgeist zu argumentieren, sparen können, aber eine solche Haltung, würde mich noch kleiner machen, als ich es bin.

Ich muss doch noch auf eine inhaltliche Einschränkung bei der Formulierung von Verfassungstexten hinweisen. Demokratische Verfassungen vertragen sich weder ganz noch mit einem partiellen Ausschnitt aus dem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW). Warum das so ist, müssen sich Verfassungsfinder schon vorher selbst erarbeiten, dabei merken sie auch deutlicher woran unsere heutige Gesellschaft krankt. Unsere Demokratie ist partiell mit einer Zentralverwaltungswirtschaft verbunden, das ist ein Unding, wenn man behauptet wir hätten eine Marktwirtschaft. Die Demokratie und die Marktwirtschaft bedingen sich gegenseitig. Aber Achtung: Die **Marktwirtschaft und der Kapitalismus sind keine Synonyme**. Weiter darf eine Verfassung weder generell der Mehrheit ermöglichen die Minderheit zu beherrschen und umgekehrt die Minderheit die jeweilige Mehrheit nicht. Das ist nur möglich, wenn das Prinzip Dezentralität genügend berücksichtigt wird. Karl Walker hat sich in seinem Taschenbuch "Demokratie und Menschenrechte" nach seinen Erfahrungen in der Weimarer Republik und unter der Nazi-Herrschaft 1947 seine Gedanken gemacht. Der Text ist auf meine Internetseite zu finden.

172.4  **Demokratie und Menschenrechte von Karl Walker, 1947, 104 Seiten.**
Gedanken über Bedingungen einer Demokratie im Schatten der Diktatur.
(103 Seiten / 34.046 KB)

6. In der Gründungszeit der Partei DIE GRÜNEN wurde das Thema *Parlamente der Betroffenen* diskutiert. Ich habe damals den Gedanken - der auf die Zentralität hinweist - positiv kommentiert, aber hinzugefügt, das die Verwirklichung nur im Rahmen des Privatrechts möglich ist. Außerdem ist zu beachten, eine Verfassung ist kein Parteiprogramm ist, sondern der Rahmen für die Rechte und Pflichten der Bürger, der Institutionen, der Legislative und Exekutive. Und hier habe vor der letzten Durchsicht noch handschriftlich eingefügt: Einführungen von Verfassungen, Ergänzungen und Änderungen stehen nicht den drei demokratischen Gewalten zu, sondern nur der Gesamtheit der Wähler einer Gesellschaft. Dieses Recht kann logischerweise auch nicht in einer repräsentativen Demokratie den von Parteien dominierten Parlamenten übertragen werden, weil dann die Repräsentanten und nicht die Gesamtheit der Bürger einer Gesellschaft bestimmen würde, wie die Verfassung gefasst ist.
7. Ich hoffe, dass ich brauchbare Anregungen geschrieben habe. Meine Mühe habe ich für meine und Kinder, Enkel und Urenkel und die Welt aufgebracht.

Es grüßt Euch / Sie

Tristan Jann Ferdinand Abromeit

N.S. Jann ist der Name meines ostfriesischen Großvaters und Ferdinand ist der Name des ostpreußischen Großvaters. Sie liegen schon lange unter dem Rasen. Ich werde ihnen in absehbarer Zeit folgen.

Weiter füge ich noch in der weitere Datei, ein Anhang, Links zu Arbeiten von mir ein, die im Zusammenhang mit den Themen Demokratie, Vereinigung von DDR und BRD und ähnlichen Themen stehen, ein. Oft hat haben die Haupttitel noch in gesonderten Dateien Ergänzungen oder Anhänge, ihre Existenz ist aber meistens auf der Titelseite des Haupttextes angezeigt, oder in der Übersicht meiner Internetseite, aber nicht hier.

Der Rückgriff auf Dateien, deren Inhalt sich meinem programmatischen Beitrag für DIE GRÜNEN enthält, hat nur indirekt mit dem Thema Verfassungsfindung zu tun. Er ist aber von Interesse, weil er auch ein Erfahrungsbericht ist, der zeigt welche Schwierigkeiten schon eine Programmearbeitung für eine Partei machen kann. Ich füge die Links nach meinem Bericht über meinen Erfahrungen mit dem Parteiprogramm von 1980 ein, damit der erste Teil nicht überlastet wird.